*Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II*

***Liebe Leserinnen und Leser,***

fassungslos hatte ich die Entscheidung von Bundeskanzlerin Angela Merkel zur Kenntnis genommen, dem Strafverlangen des Türkischen Präsidenten Erdogan wegen "Beleidigung von Organen und Vertretern ausländischer Staaten" zuzustimmen und die deutsche Staatsanwaltschaft zur Strafverfolgung von Böhmermann zu ermächtigen.

Damit macht Merkel einen Kotau vor Erdogan und unterstützt seine pressefeindlichen Ansichten. In der Türkei hat Erdogan bereits über 2000 Verfahren wegen Beleidigung auf den Weg gebracht und zahlreiche Journalistinnen und Journalisten verhaften lassen. Merkels Entscheidung legitimiert damit das Vorgehen von Erdogan. Mit dieser Entscheidung ist meiner Meinung nach die Pressefreiheit und die Satire in Deutschland antastbar geworden.

Das Strafverlangen der türkischen Regierung gegen den Satiriker Jan Böhmermann hat in Deutschland eine längst überfällige Diskussion über die Abschaffung des Straftatbestandes des §103 StGB („Beleidigung von Organen und Vertretern ausländischer Staaten“) ausgelöst. Strafverfolgung von Satire wegen „Majestätsbeleidigung“ passt nicht in unsere moderne Demokratie.

Deshalb war es richtig, dass sich unsere Ministerinnen und Minister im Kabinett gegen die Ermächtigung zur Strafverfolgung nach § 103 StGB ausgesprochen haben. Jetzt wollen wir den § 103 mit sofortiger Wirkung und nicht erst ab 2018 abschaffen. Einen entsprechenden Gesetzentwurf legen wir in unserer Fraktionssitzung vor. Ungeachtet dessen blicken wir mit Sorge auf die zunehmende Beschränkung der Pressefreiheit und der Freiheit von Kulturschaffenden in der Türkei selbst. So sehr wir an einer guten Zusammenarbeit mit der Türkei interessiert sind, so sehr gilt, dass es keinen Rabatt in der Frage der Menschenrechte geben darf.

**Zukunftsfeste Rente: Wohlüberlegtes Gesamtkonzept statt Schnellschuss**

Der Vorschlag von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), die Rente auf 70 Jahre zu erhöhen, ist für mich als ehemaliger Bergmann und langjähriger Gewerkschafter völlig abwegig. Dieser Vorschlag zielt darauf ab, den körperlich schwer arbeitenden Berufsgruppen und den Geringverdienern die Rente zu kürzen. Ich denke dabei exemplarisch an den Dachdecker, die Altenpflegerin oder den Stahlarbeiter. Ich habe und werde weiterhin dafür kämpfen, dass die Lebensleistung von körperlich schwer arbeitenden Menschen anerkannt wird und ihnen ein flexibler Übergang in die Rente ermöglicht wird. Dabei muss außerdem klar sein: Diese Menschen müssen von ihrer Rente dann auch Leben können und eine weitere Absenkung des Rentenniveaus darf nicht stattfinden.

Wer ein Leben lang Vollzeit gearbeitet hat, muss im Alter gut von seiner Rente leben können. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stellt dies einen Grundpfeiler eines funktionierenden Sozialstaats dar. Unser Rentensystem muss deshalb zukunftsfest an sich verändernde demografische Rahmenbedingungen angepasst werden. Dazu bedürfen alle drei Säulen der Alterssicherung einer Neujustierung. Schnellschüsse sind dabei jedoch ebenso wenig angebracht wie Panikmache. Bundesministerin Andrea Nahles wird im Herbst nach einer umfassenden Bestandsaufnahme Vorschläge vorlegen. Auf dieser Grundlage werden wir dann diskutieren, wie ein sozialdemokratisches Konzept für ein zukunftssicheres System aussehen wird.

Was nicht warten kann, ist die Umsetzung der rentenpolitischen Vorhaben, die wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben: eine solidarische Mindestrente für Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, sowie die Stärkung der Betriebsrente und die für Sommer verabredete Prüfung einer weiteren Angleichung der Renten in Ost und West.

Wenn die Union es wirklich ernst meint mit der Sicherung der Rente, dann sind dies die konkreten ersten Schritte, mit denen sie das nun unter Beweis stellen kann.

***Nur ein handlungsfähiger Staat kann öffentliche Sicherheit gewährleisten***

Ein funktionierender Sozialstaat und öffentliche Sicherheit – beides bestimmt die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger fundamental. Die Garantie der öffentlichen Sicherheit ist für die SPD-Bundestagsfraktion ein Kernthema, mit dem wir uns am Mittwoch auf unserer Fachkonferenz „Öffentliche Sicherheit in Deutschland“ beschäftigen werden. Dabei wollen wir insbesondere mit denen ins Gespräch kommen, die sich täglich vor Ort um unsere Sicherheit kümmern – mit Polizistinnen und Polizisten, mit Vertreterinnen und Vertretern von Feuerwehr, Technischem Hilfswerk und Hilfsorganisationen.

Für uns ist klar: Wir brauchen staatliche Sicherheitsbehörden, die personell und technisch mit den notwendigen Ressourcen ausgestattet sind. Nur ein handlungsfähiger Staat kann die öffentliche Sicherheit gewährleisten. Die SPD hat deshalb in der Großen Koalition bereits 3.000 zusätzliche Stellen für die Bundespolizei durchgesetzt. Wir fordern darüber hinaus Bund und Länder auf, die Personaldecke der Polizei bis 2019 massiv um insgesamt 12.000 neue Stellen zu verstärken.

Und zwar um 6.000 bei der Landespolizei, und um 6.000 bei der Bundespolizei, also um 3.000 Stellen mehr, als wir bisher beschlossen haben.

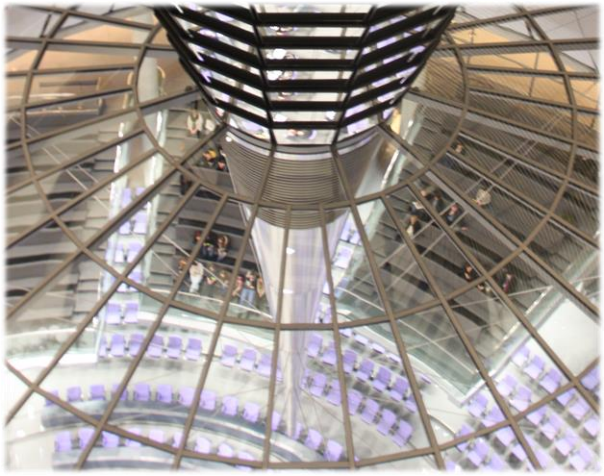
Zu letzterem kann sich unser Koalitionspartner bisher noch nicht durchringen. Die öffentliche Sicherheit war auch Thema auf der gemeinsamen Klausur der geschäftsführenden Vorstände der Bundestagsfraktionen von SPD und CDU/CSU in Rust. Dort haben wir ein Maßnahmenpaket zum besseren Schutz vor Terror und organisiertem Verbrechen beschlossen:

Mit einem Ein- und Ausreiseregister an EU-Außengrenzen sowie der Schaffung eines europäischen Terrorabwehrzentrums wollen wir u.a. die Zusammenarbeit der europäischen Sicherheitsbehörden im Kampf gegen internationalen Terrorismus verbessern. Außerdem sind wir übereingekommen, die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Novellierung des BKA-Gesetzes noch in dieser Legislaturperiode auf den Weg zu bringen.

***Besserer Schutz vor Einbruchskriminalität***

Viele Menschen in Deutschland haben Sorge, Opfer von Einbruchkriminalität zu werden. Gemeinsam mit der CDU/CSU-Fraktion haben wir in Rust daher den Beschluss gefasst, die jährlichen Mittel des KfW-Programms „Kriminalprävention durch Einbruchschutz“ von bisher 10 Mio. Euro auf künftig 50 Mio. Euro jährlich aufzustocken.

Denn die Erfahrung zeigt: 40 Prozent der Wohnungseinbrüche bleiben im Versuchsstadium stecken, weil Sicherungstechnik einen Einbruch erschwert. Wir haben dafür gesorgt, dass das Programm durch niedrigere Schwellenwerte bei der Mindestinvestitionssumme nun deutlich mieterfreundlicher ausgestaltet wird. Private Prävention ersetzt aber kein staatliches Handeln. Deshalb sehen wir die von uns geforderte bessere Ausstattung der Polizei als wichtigen weiteren Schritt zum Schutz vor Einbruchskriminalität.



***Integrationsgesetz erfüllt Grundsatz „Fördern und Fordern“***

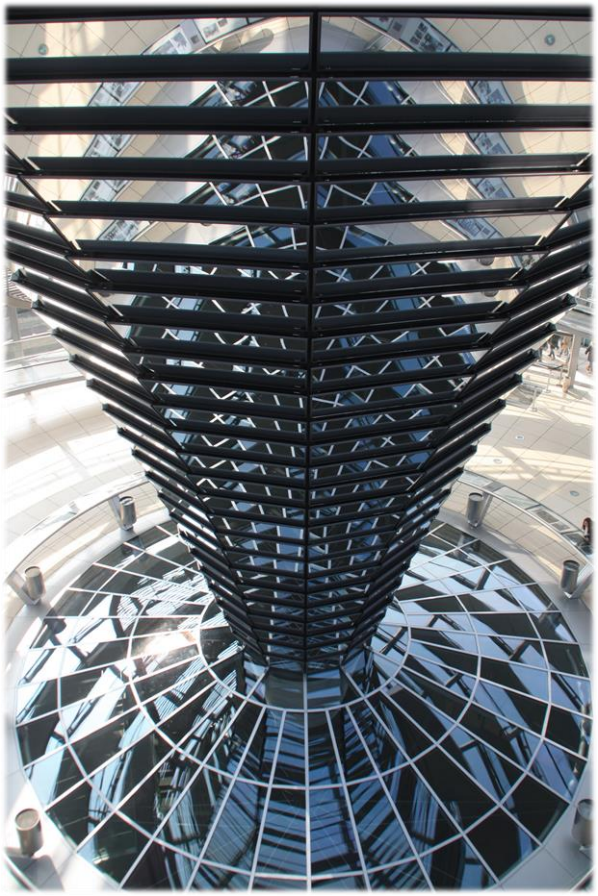
Integration gelingt nicht von allein. Sie stellt Anforderungen sowohl an die Menschen, die neu in unser Land kommen, als auch an diejenigen, die schon hier leben. Der Staat ist gefordert, allen die Chance zu eröffnen, ihren Beitrag für das gesellschaftliche Miteinander zu leisten. Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land zu wahren, müssen wir aus Fehlern der Vergangenheit lernen.

Für mich ist die Einigung auf Eckwerte zu einem Integrationsgesetz daher ein nahezu historischer Schritt. Denn erstmals wird klar geregelt, was wir den Menschen anbieten, die bei uns Schutz suchen und bei uns in Deutschland bleiben möchten – und was wir im Gegenzug von ihnen erwarten. Damit hat die SPD ihren zentralen Ansatz des „Fördern und Forderns“ in der Integrationspolitik durchgesetzt.

Wichtig ist, dass wir das Gesetz nun zügig auf den Weg bringen. Denn die Erfahrung lehrt, dass Versäumnisse in der Integration im Nachhinein nur schwer wieder aufzuholen sind. Deshalb haben die Koalitionsspitzen vereinbart, einen Gesetzentwurf auf Grundlage der Eckpunkte am 24./25. Mai auf der Klausur des Bundeskabinetts zu beschließen und anschließend zügig in das parlamentarischen

Verfahren einzubringen. Begleitend dazu muss der Bund gemeinsam mit Ländern und Kommunen einen fairen und für alle Ebenen stemmbaren Weg zur Verteilung der finanziellen Lasten der Integrationsaufgabe finden.

Mit dem Integrationsgesetz gehen wir einen ersten bedeutenden Schritt. Der zweite Schritt muss nun ein modernes Einwanderungsgesetz sein, das Einwanderung im Interesse von Deutschland und seinen Menschen verantwortungsvoll steuert.



***Vielen Dank Fernando Nagore***

In den letzten zwei Wochen absolvierte Fernando Nagore sein Schülerpraktikum in meinem Berliner Büro. Bei seinem ersten Kennenlern-Rundgang durch das Reichstagsgebäude fand er auch die Namensbox seines Urgroßvaters Richard Perner, der 1921 für die SPD im Reichstag saß. Ich bedanke mich herzlich für seine tatkräftige Unterstützung und hoffe das Fernando viele neue Erfahrungen für seine weitere schulische und spätere berufliche Ausbildung sammeln konnte.

## ***Themen im Plenum***

### *Stahlindustrie in Deutschland und Europa stärken*

Der Koalitionsantrag fordert die EU zur Unterstützung der unter Druck geratenen deutschen und europäischen Stahlindustrie auf. Überkapazitäten weltweit und Stahl aus China zu subventionierten Niedrigstpreisen greifen die Geschäftsgrundlage der europäischen Stahlindustrie an. Der Antrag fordert die EU Kommission u.a. auf, das Antidumpingverfahren gegen die chinesischen Stahlprodukte zu beschleunigen und bei der Ausgestaltung des Emissionshandels besonderes Augenmerk auf die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Stahlindustrie zu legen.

### *Jahresbericht 2015 des Wehrbeauftragten*

Der Wehrbeauftragte informiert mit seinem Jahresbericht den Deutschen Bundestag über den inneren Zustand der Bundeswehr und gibt Auskunft über die Zahl der Eingaben von Soldaten und die Truppenbesuche im Berichtszeitraum. Das Berichtsjahr 2015 war geprägt von einsatzgleichen Verpflichtungen, wie der schnellen Speerspitze der NATO und der Debatte über Qualität und Quantität der Ausstattung, welche auch öffentlich geführt wurde.

Hinzu kam die zivile Amtshilfe bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise im signifikanten Umfang. Dabei ist deutlich geworden, dass die Bundeswehr personell und materiell in einigen Bereichen ihr Limit erreicht hat. Viele Eingaben spiegeln auch Probleme wider, die sich aufgrund einer hohen Zahl von Wochenendpendlern ergeben, und der Tatsache, dass das Durchschnittsalter der Soldaten heute deutlich über dem einer Wehrpflichtarmee liegt.

***Buchpreisbindung erhalten***

Mit dem geplanten Gesetz soll der Erhalt der Buchpreisbindung als essenzielles Instrument zur Erhaltung der Vielfalt des Buchangebots und der Buchhandlungen für elektronische Bücher auch gesetzlich abgesichert werden. Mit der Änderung des Buchpreisbindungsgesetzes wird klargestellt, dass E-Books den festgeschriebenen Verkaufspreisen unterliegen. Die gesetzliche Preisbindung soll zudem für alle Verkäufe an Endkunden in Deutschland gelten. Damit wird mehr Rechtssicherheit geschaffen und eine gesetzliche Regelungslücke geschlossen.

Bücher wie auch E-Books werden damit überall zu einheitlichen Preisen erhältlich sein. Diese Maßnahme schützt Verleger, Autoren und Buchhandlungen gleichermaßen. In dem sich immer stärker digitalisierenden Buchmarkt ist der Erhalt von kleinen Buchhandlungen in der Fläche ein ebenso wichtiges Anliegen wie stabile Rahmenbedingungen für kleinere und mittlere Verlage.

***Innovationen für die Gesundheitsversorgung besser nutzen***

Der Gesundheitssektor ist für Deutschland ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Mit etwa 6,2 Millionen Erwerbstätigen ist die Gesundheitswirtschaft die größte Branche in Deutschland. In ihr sind mehr Menschen beschäftigt als in der Automobil- und Elektroindustrie zusammengenommen. Hierzu trägt nicht zuletzt die hohe Exportquote der industriellen Gesundheitswirtschaft bei, die mittlerweile mehr als 65 Prozent beträgt.

Gerade auch um international konkurrenzfähig zu bleiben, gilt es Wissenschaft und Forschung in der Gesundheitswirtschaft zu fördern. In unserem Antrag begrüßen wir deshalb die Durchführung des nationalen Strategieprozesses „Innovationen in der Medizintechnik“ durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Bundesministerium für Gesundheit (BMG) und das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi). Zugleich fordern wir die Bundesregierung auf, im Kontext des Rahmenprogramms Gesundheitsforschung den schnellen Transfer von Forschungsergebnissen in die Gesundheitsversorgung zu forcieren, indem zum Beispiel die Abstimmung zwischen den verschiedenen Ministerien optimiert und die direkte

Projektförderung des BMBF im Bereich der Medizintechnik ausgebaut wird. Ebenso regen wir an, die Innovationsfinanzierung für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) weiter zu verbessern. Dafür gilt es unter anderem die Eigenkapitalsituation von innovativen KMU durch eine Belebung des Wagniskapitalmarktes zu stärken. Wichtig ist uns auch, dass die Bundesregierung bei der Umsetzung des Rahmenprogramms Gesundheitsforschung sowie im Rahmen ihrer Beteiligung am Innovationsfonds darauf hinwirkt, die Versorgungsforschung durch einen beschleunigten Transfer von Forschungsergebnissen und Innovationen weiter zu stärken.

***CDU verhindert gesetzliches Fracking Verbot***

Auf schrfste Kritik stößt die Haltung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bei den SPD-Bundestagsabgeordneten aus dem Münsterland, da der Koalitionspartner ein neues Fracking-Gesetz verhindert, mit dem das unkonventionelle Fracking verboten werden soll.

„Seit über einem Jahr liegt der Gesetzentwurf nun auf Eis, da die Union mit immer neuen Forderungen versucht, ein Fracking Verbot auszuhöhlen. Ihr geht es anscheinend darum, eine Umsetzung des Gesetzes in dieser Legislaturperiode zu verhindern. Die Forderungen der Münsterländer CDU-Bundestagsabgeordneten für ein Fracking Verbot sind daher nicht mehr als Lippenbekenntnisse“, so der SPD-Bundestagsabgeordnete Ulrich Hampel aus dem Kreis Coesfeld.

„Anders als in der SPD-Bundestagsfraktion sind die Gegner des unkonventionellen Frackings beim Koalitionspartner deutlich in der Minderheit“, so der SPD-Bundestagsabgeordnete Bernhard Daldrup aus dem Kreis Warendorf. „Mit einem Fracking-Gesetz gäbe es endlich deutlich bessere Möglichkeiten, das unkonventionelle Fracking im Münsterland und in NRW dauerhaft zu verhindern. Ohne ein neues Gesetz werden Anträge und entsprechende Genehmigungen auf Dauer nur sehr schwer oder gar nicht zu verhindern sein“, so Daldrup weiter.

„Angesichts dieser misslichen Situation wollen Grüne und Linke die Große Koalition vorführen", so die SPD-Bundestagsabgeordnete Ingrid Arndt-

Brauer aus dem Kreis Steinfurt: „Sie fordern in ihren Anträgen ein generelles Fracking-Verbot, wollen diese aber ohne eine Debatte im Parlament abstimmen lassen." Für Arndt-Bauer ein durchsichtiges Manöver.

Für die SPD-Abgeordneten aus dem Münsterland Grund genug, den Anträgen von Grünen und Linken nicht zuzustimmen, auch wenn in der Zielsetzung wenig Differenzen bestehen. Man werde sich bei dieser Vorführung enthalten, so Bernhard Daldrup.

„Wir wollen das unkonventionelle Fracking im Münsterland verhindern. Unsere Haltung ist hier völlig klar.", stellt die SPD-Bundestagsabgeordnete Ursula Schulte aus dem Kreis Borken klar.

„Der Gesetzentwurf der Koalition schließt zwar die klassische Gasförderung durch konventionelles Fracking, wie es beispielsweise in Niedersachsen seit Jahrzehnten existiert, nicht aus, stellt aber auch für diese, bisher ungeregelte Technik hohe Hürden auf", erläutert der SPD-Bundestagsabgeordnete Christoph Strässer aus Münster: „Der Gesetzentwurf stellt deshalb zweifellos eine Verbesserung gegenüber dem heutigen Zustand dar, selbst wenn wir unser Ziel eines generellen Verbots des unkonventionellen Frackings damit noch nicht erreichen." „Wir versuchen weiterhin alles, um dieses Verbot noch zu erreichen", ergänzt Ulla Schulte.

Für das Münsterland und in NRW wäre das Gesetz zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein Meilenstein, so die Abgeordneten übereinstimmend.

Bernhard Daldrup appelliert an seine CDU Kollegen aus dem Münsterland, in der CDU/CSU Bundestagsfraktion die Annahme des Kompromisses durchzusetzen: „Man kann sich nicht im Münsterland als Fracking Gegner profilieren und in Berlin kuschen.

***<u>Veranstaltung:</u> Vielfalt schafft Chancen - Das Integrationskonzept der SPD im Dialog***

In Syrien keine Aussicht auf Frieden,
in Libyen ein gescheiterter Staat,
im Irak keine Befriedung in Sicht
… und die Menschen?

Die Menschen: Sie haben Sehnsüchte, sie haben Träume, sie suchen ein sicheres Zuhause – sie

*Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II*

hoffen, es bei uns zu finden! Vieles ist anders, manches ist fremd, alles ist neu – für die Menschen, die ankommen und für die Menschen, die hier leben.

Integration bedeutet Austausch, bedeutet Kommunikation, bedeutet gemeinsames Miteinander! Integration muss ermöglicht und koordiniert werden. Dazu bedarf es Konzepte, Strategien und vor allem Ideen.

Wir möchten unsere Vorstellungen gemeinsam mit Euch und mit Ihnen diskutieren. Wir freuen uns, dass wir Achim Post, MdB (Vorsitzender NRW-Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion) für ein Impulsreferat gewinnen konnten. Daran anschließend diskutieren mit Ihnen Dietmar Bergmann (Bürgermeister Gemeinde Nordkirchen), Ulrich Hampel (MdB), Wolfgang Müller (Geschäftsführer Flüchtlingsrat Kreis Coesfeld), Christoph Schlütermann (Vorstand DRK Kreisverband Coesfeld e.V.).

Denn: Vielfalt schafft Chancen!

***Wann?* Freitag, 06.05.2015**
***Um?* 18:00 Uhr**
***Wo?* Osterwicker Straße 29 in Coesfeld (WBK)**

Eine themenreiche und intensive Woche mit vielen wichtigen Fragestellungen geht in Berlin zu Ende und ich freue mich auf unsere Gespräche im Wahlkreis kommende Woche

. Ihr